

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterschaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 3

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro lediggepflanzte Nonpareillezeile 50 Pf., für Zahlstellen 30 Pf.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufsgenossen.

Auf Grund der statutarischen Bestimmungen im § 52 beruft der Verbandsvorstand im Einverständnis des Ausschusses und Beirates den

Fünfzehnten (außerordentlichen) Verbandstag

zum Mittwoch, 5. Mai, und folgende Tage nach Nürnberg, „Künstlerheim“, Königstr. 93, gegenüber dem Hauptbahnhof, ein.

Provisorische Tagesordnung:

1. Wahl des Bureaus und der verschiedenen Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes und Ausschusses.
3. Statutenänderung, Beitrags- und Unterstützungsregelung und Festsetzung der Gehälter für die Angestellten.
4. Rätesystem, Arbeitsgemeinschaft.
5. Abschluß von Reichstarifen für das Bäcker- und Konditorgewerbe.
6. Unsere Maßnahmen gegen die Lehrlingszüchterei.
7. Zusammenschluß zu einem Nahrungsmittelindustrieverband.
8. Bericht vom 10. Gewerkschaftskongress.
9. Bericht vom 3. internationalen Berufskongress.
10. Beratung von Anträgen, die in vorstehenden Punkten nicht erledigt wurden.
11. Wahl des Vororts für den Ausschuß und Verbandsvorstand und Wahl des Verbandsvorstandes.

Anträge an den Verbandstag können von jeder Zahlstelle und jedem keiner Zahlstelle angehörenden Einzelzähler gestellt werden und müssen nach § 51 des Status mindestens 4 Wochen vorher, also bis Dienstag, den 6. April, an den Verbandsvorstand zur Veröffentlichung in der Verbandszeitung eingereicht sein. Auf spätere Einladungen kann unter keinen Umständen Rücksicht genommen werden.

Jeder Antrag ist unter Weglassung einer Begründung auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben und von den Zahlstellen nebst Unterschrift mit dem Stempel zu versehen.

Anträge, die in Briefen unter sonstigen Mitteilungen oder in Versammlungsberichten enthalten sind, werden nicht beachtet.

Bei Anträgen zur Statutenänderung ist stets der in Frage kommende Paragraph und Absatz beizufügen.

Das Wahlreglement und die Wahlkreiseinteilung für die Wahl der Delegierten zum Verbandstag können erst nach Eingang der Dezember-Abschreitung aus sämtlichen Zahlstellen veröffentlicht werden.

Der Verbandsvorstand.

J. A. Josef Diermeier, Vorsitzender.

Das Betriebsrätegesetz.

Im Vorjahr konnte das Gesetz über die Betriebsräte in der Nationalversammlung nicht mehr verabschiedet werden. Die zweite Lesung hat in diesen Tagen begonnen, und es ist nunmehr zu erwarten, daß in den kommenden Wochen das Gesetz in Wirklichkeit treten wird. In den Kreisen der werktätigen Bevölkerung besteht über den Wert der Betriebsräte leider keine einheitliche Auffassung. Anders in den Kreisen der Unternehmer und Kapitalisten. Hier ist die einheitliche Meinung maßgebend: Jedes Mittel ist anzuwenden, um das Gesetz zu Fall zu bringen. So konnten die Tageszeitungen von einer Untertreibung der Vertreter der Großindustrie beim Reichspräsidenten berichten, bei welcher die kategorische Forderung erhoben wurde, daß von jeder Beschränkung und Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben Abstand zu nehmen sei, wenn für den raschen Aufbau des Wirtschaftslebens Garantien übernommen werden sollen. Zu einem vertraulichen Rundschreiben, unterzeichnet von einer Reihe der größten Metallindustriellen, wird aufgefordert, die Betriebe stillzulegen und auf die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen einzutwirken, um ihnen die Folgen vor Augen zu halten, die die Verabschiedung des Gesetzes in seiner vorliegenden Fassung nicht allein für die Wirtschaft, sondern auch für den Bestand der politischen Parteien, welche die Verantwortung für dieses Gesetz zu tragen haben, haben müßt.

Der Entwurf für ein Betriebsrätegesetz von der Regierung hat seinerzeit nirgends Anklang gefunden. Der Gewerkschaftskongress in Nürnberg hat demgemäß seine Meinung in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

Der 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt nach Kenntnisnahme des Vorentwurfs über Betriebsräte vom 15. Mai 1919, daß der Entwurf in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspricht, die bekräftigterweise an ein Gesetz über Errichtung von Betriebsräten gestellt werden können.

Unsere Vertreter werden erücht, an der Ausgestaltung der Vorlage mitzuwirken, um ein brauchbares Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer zu schaffen. Nur wenn das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeitnehmerangelegenheiten in der Vorlage zum Ausdruck kommt, darf die Zustimmung der Arbeitervertreter erfolgen.

In der Entschließung über Richtlinien für die künftige Wirklichkeit der Gewerkschaften heißt es unter Punkt 7:

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation, verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeitervertreten (Betriebsräte) zu schaffen, die im Unternehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechts Gültigkeit. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen festzulegen.

Wie sich nun der Gewerkschaftskongress die Aufgaben der Betriebsräte vor Augen führt, geht aus den ebenfalls dort beschlossenen Richtlinien hervor. Wir greifen hierbei den Punkt 5 heraus, der besagt:

Der Betriebsrat hat das Recht, in allen Betriebsangelegenheiten mitzuwirken, an denen die Arbeiterschaft beteiligt ist oder ein berechtigtes Interesse hat. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die notwendigen Beratungen des Betriebsrates im Betriebe zugelassen und auf Verlangen daran mit seinem Rat und den notwendigen Auskünften teilzunehmen. Jede Beteiligung eines Betriebsratsmitgliedes in seiner Beschäftigung und Entlohnung ist vom Betriebsrat respektive von der Schlüfungskommission zurückzuweisen.

So die freien Gewerkschaften mit über 7 Millionen Mitgliedern. Die linksstehenden politischen Parteien gehen

über die Forderungen der Gewerkschaften hinaus und bemühen sich, das Betriebsrätegesetz im revolutionären Sinne auszubauen und der revolutionären Bewegung dienstbar zu machen. Die Wirklichkeit zeigt uns aber, daß die Mehrheit der Nationalversammlung gar nicht daran denkt, das Gesetz nach den Wünschen des Gewerkschaftskongresses zu gestalten, geschweige Bestimmungen aufzunehmen, die über diese Forderungen noch hinausgehen. Die Vertreter des Finanzkapitals und der Großindustrie sind weit entfernt, den Arbeitern Rechte einzuräumen, die der Unternehmerautokratie in den Betrieben Schranken setzen und der Betriebsdemokratie Eingang verschaffen würden. Die Revolution hat leider in dieser Beziehung dem Mehrwert schaffenden Teil der Bevölkerung nicht die Rechte im Wirtschaftsorganismus gebracht, die unbedingt unerlässlich zum Ausbau der Demokratie in den Betrieben sind. Vereinzelt haben sich bei Ausbruch der Revolution da und dort Betriebsräte gebildet, die im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften bemüht sind, das Beste für ihre Mandatgeber zu leisten. Diese lärmenden Reste aus der Revolutionszeit sollen nun, wie es den Anschein hat, ganz beseitigt oder so verschlechtert werden, daß sie für die Arbeiter eine stumpfe Waffe werden, die in den großen wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital gebrauchsunfähig ist und versagen muß.

In weiten Kreisen der Arbeiterschaft hat sich nunmehr bei Beginn der zweiten Lesung eine große Erregung bemerkbar gemacht. Sie befürchten mit Recht, daß das Betriebsrätegesetz mit den bedeutenden Verschlechterungen in den Kommissionsberatungen sanktioniert, wenn nicht noch mehr verschlechtert wird. Beider müssen wir dabei wahrnehmen, daß seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht mit der notwendigen Schärfe dem Widerstand der Kapitalisten und Großindustriellen entgegentreten wird. Würde ja verfahren worden sein, dann wäre es undenkbar, daß bereits vor der zweiten Lesung ein bekannter Parlamentarier der sozialdemokratischen Partei dafür eintreten könnte, daß das Gesetz unter allen Umständen angenommen werden müsse. Wir vermissen auch, nach dem offiziellen Protokoll über die dritte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, und obwohl über den Stand der Verhandlungen im Ausschuß der Nationalversammlung Bericht erstattet wurde, eine Willensbildung dieser gewerkschaftlichen Instanz zu den bedeutenden Abweichungen des Gesetzes gegenüber den Forderungen auf dem 10. Gewerkschaftskongress. Zweifellos hätte eine Protestaktion von dieser Seite bei der Mehrheit der Nationalversammlung ihre Wirkung nicht verschlechtert. So aber ist von der gewerkschaftlichen Zentrale nichts geschehen, was dazu mit beitragen könnte, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes den Kongressforderungen anzupassen.

Wie wir schon ausführten, gehen die Ansichten unter den Arbeitern über das Gesetz weit auseinander. Es ist richtig, daß gegenüber dem seitlichen Zustande in der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterausschüsse manche Verbesserung im Betriebsrätegesetz enthalten sein wird. Es muß aber in Betracht gezogen werden, ob die Verbesserungen auch die von den Arbeitern erwarteten Wirkungen auslösen werden und dadurch der Betriebsautokratie der Todesstoß versetzt werden kann. Nach unserer Meinung lastet an den Beschlüssen des Ausschusses nur allzu sehr die Kompromißarbeit, die auf Kosten des wirtschaftlich schwächeren Teiles zustande gekommen ist. Die Ausnahmestellungen gegen die Landarbeiter und Buchdrucker, die Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes bei Einstellungen und Entlassungen, die Ausschaltung der Bilanzinsicht in allen Betrieben unter 500 Beschäftigten und noch so vieles sind wirklich nicht dazu angestan, das Betriebsrätegesetz als großen Fortschritt zu preisen. Das Gesetz in seiner vor-

liegenden Fassung kann der Arbeiterschaft nicht als scharfe Waffe in ihren schweren wirtschaftlichen Kämpfen gegen das Unternehmertum dienen. Die Chancen sind viel zu ungleich auf beide Klassen verteilt, und der wirtschaftlich schwächeren Teil — die Arbeiterschaft — wurde viel zu stiftmütterlich bedacht.

Die deutsche Arbeiterschaft kann unmöglich mit dieser bedeutenden Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes einverstanden sein. Es liegt wie Hohn, von Bevölkerungsdemokratie zu sprechen, wenn dem Mehrwert schaffenden Teil im Produktionsprozeß nur scheinbare Rechte eingeräumt werden, die aber weit davon entfernt sind, die Autonomie des Unternehmers einzuschränken, den Arbeiter aber noch wie vor schuhlos preisgibt. Die organisierte Arbeiterschaft wird, mag das Gesetz ausfallen wie es will, auf ihren Forderungen beharren müssen und nicht eher ruhen, bis diese Mindestbestimmungen verwirklicht sind. Erwartet hätten wir allerdings, auch die Regierung und die Nationalversammlung würden einsehen, daß die Zeit vorüber ist, wo sich der Arbeiter mit Prosaem, die vom Tische der Reichen fallen, abspeisen lassen muß. Wenn auf politischem Gebiete durch das Wahlrecht die Gleichberechtigung im Geschäft verankert ist, warum soll dann die Möglichkeit nicht bestehen, in wirtschaftlicher Beziehung ebenfalls eine Gleichstellung herbeizuführen? So früher sie erfolgen wird, um so rascher wird die Gewinnung des Wirtschaftslebens eintreten, weil nur in freudiger Mitarbeit der Aufbau vollendet werden kann. Solange aber der Arbeiter als rechtloses Opfer behandelt und gezwungen werden soll, für andere Mehrwerte zu schaffen, er selbst aber im Elend dahinvegetiert, wird ihm niemand ein Interesse an der Aenderung der bestehenden Dinge zumutbar können.

Würde aber nach den Wünschen der Arbeiter verfahren, dann müßten die Maximen der kapitalistischen Wirtschaftswelt durchbrochen werden. Dagegen stimmt sich geschlossen, von einem Willen getragen, die Masse der Unternehmer und läßt kein Mittel unversucht zur wirtschaftlichen Niederschaltung der Arbeiterschaft. Das Unternehmertum weiß doch mit der Durchführung der Bevölkerungsdemokratie der Anfang gemacht wird zur Neugruppierung des Produktionsprozesses aus den Händen weniger und Überführung in die Allgemeinheit. Solange aber der Kapitalismus die Kraft besitzt, wird er mit seinem Abwehrmittel zurückzubreden.

Das Betriebsrätegesetz wird in seiner Fassung die Arbeiterschaft nicht befriedigen. Um so mehr wird es aber zu den wirtschaftlichen Kämpfen Veranlassung geben und immer wieder als Gegenstand dienen, doch durch die eigene Kraft solche Bestimmungen über die Errichtung in den Tarifen aufgenommen werden, die den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen, an denen sie beteiligt sind oder ein berechtigtes Interesse haben, sichern. Die Verwirklichung wird aber um so leichter erfolgen und um so früher Platz greifen, wenn die Arbeiter auch in dieser Weise in engster Führung mit ihrer gewirtschaftlichen Entwicklung bleiben und alle Absichten durchstreuen, die auf Sonderbetreibungen hinweisen.

Aus der Kriegsschule.

Ein Jahr der Belebung durch die französischen Feinde hinter uns. Wenn der Feind wirklich noch 14 Jahre dauern sollte, dann treffen die Worte zu: Wie bei dem Feind! Unsere Kollegen in Ludwigshafen ließen es sich nie gelingt Schülern nicht nehmen, den Gedanken des Feindes unter die Kollegen und Kolleginnen in der eigenen Schule zu tragen und jenseits vor nichts zurück. Die Militärbehörde war sofort bei der Hand; wenn sie so einen Rebellen fanden fanden, verbürtigte sie ihn wegen kriegerischer Künste oder wie's ihm über die Grenzen dazu:

Nun dann Zeigst du Freude der Freude,
Du treib' da manig' uns Gefecht,
Du kämpfst mit den Freien,
Begleit' zum Gott des Neuen.

Ein Sozi, der nun seinen alten, langjährigen Mitgliedern beigegeben wurde, saß heraus. Siegt ich die Zahl von über 400 Mitgliedern erreicht ist, so ist es kein Wunder, daß die Bäckerkollegen Ludwigshafen sich mit uns freuen. Und nun steht die Organisation in einer bescheidenen Anzahl von Orten fest. Nun kann jedem Bäcker weitergegeben werden, der seine Kolleginnen in Saarbrücken zu einer Versammlung einzuladen hat, daß die Bäcker und Bäckerinnen der Saarlandkreis die ersten der neuen und Saarlandkreis einzuladen aufgefordert hat. So, wie wir treffen die Bäcker und Bäckerinnen der Saarlandkreis einen Zusammenklang mit dem „Festzug“ und werden die Kollegen aus Saarbrücken

in den Saarlandkreis einladen um weiter Rücksicht auf die Bäcker und Bäckerinnen und Bäckermeister und Bäckermeisterin einzuladen. Es gab auch eine Bäckermeisterin zu berücksichtigen. Bei der Durchführung und Errichtung des Betriebsrätegesetzes in der Saarlandkreis liegt es nun sehr nahe, um einen Bäckermeister zu bitten, um die Bekanntmachung der Befreiungserklärungen bei den Bäckern und Bäckerinnen aufzufordern eine fröhliche Unterhaltung. Die Bäcker-

züchterei wünscht hier auf fruchtbarem Boden. Auf höchstens 30 beschäftigte Gehilfen entfallen 100 Lehrlinge. Die Lehrlingsabschlußkommissionen haben Arbeit in Hülle und Fülle. Die jungen Kollegen sind nur solange sie in der Lehre sind bei den Meistern Liebhaber, wenn ausgelernt, können sie ihren Bündel schnüren und sehen, wie sie Arbeit erhalten. In den Bäckereien ist aber keine Arbeit wegen der großen Überfüllung mit Lehrlingen für Gehilfen vorhanden, so daß in den allermeisten Fällen den jungen Kollegen nichts anderes übrig bleibt, als in einem andern Berufe Arbeit zu suchen. Die Kollegen der Rheinpfalz sind fast entschlossen, alles daranzusehen, daß die Menschenproduktion von Lehrlingen verschwindet. Die Errungenschaft der Revolution, das Gesetz über die Abschaffung der Nacht- und Sonntagssarbeit und die Einführung des Arbeitentenages, kann nur überall eingehalten werden, wenn die Weichen geschlossen werden. Deder muß mitmachen, um das zu erreichen. Es stehen noch viele der Kollegen abseits des Zentralverbandes. Wir haben zu unseren Mitgliedern das Vertrauen, wenn sie an diese herantreten, daß keiner sich weigern wird, von der Organisation fernzubleiben. Die große Teuerung bringt uns, wenn wir nicht elend zugrunde gehen wollen, unsere Tarife so zu gestalten, daß durch die Löhne die Existenz gesichert wird. Erinnert diejenigen, die uns noch fernsehen, an die Werte des Dichters:

Kauler Träumer, auf, erwecke
Schau des Frühlings Pogromzoll
Verwärts gegen jegliche Lügen,
Verwärts gegen Stadt und Tod.
Für die Freiheit eine Gasse,
in der Freiheit weitem Raum
für des Volkes große Masse
Frächte vom Erkenntnisbaum.

Sozialbewegungen im Bezirk Mannheim im 4. Quartal 1919.

Am letzten Vierteljahr gelang es, den Lohn der Bäcker im Lebensbedürfnisverein Karlsruhe auf M. 97, den der Kollegen im Konsumverein Pforzheim auf M. 100 zu erhöhen. Bei Sprengel in Freudenheim wurde ein Wochenlohn von M. 120, in den Konsumvereinen Mannheim, Ludwigshafen und der Mannheimer Brotfabrik ein solcher von M. 130 bis M. 140 festgelegt. Nach langer Mühe ist es endlich auch gelungen, die Ludwigshafener Innung zu veranlassen, mit uns in ein Tarifabstimmungsverhältnis einzutreten. Dort mußte allerdings mancher Wunsch und manche berechtigte Forderung von uns zurückgestellt werden, aber es ist endlich doch der erste Schritt gegliedert, um geordnete Verhältnisse zu schaffen. Ein schöner Erfolg war uns noch am Jahresende im Mannheimer Bäckergewerbe beschieden. Ab 1. Januar sind dort die Wochenlöhne auf M. 135 und M. 140 festgesetzt worden. Bei den Konditoren erfolgte eine Erneuerung des Tarifabschlusses in Pforzheim, die den Kollegen wieder wesentliche Verbesserungen brachte. Die neuen Lohnsätze des Reichstarifs der Lein- und Zuderwarenindustrie gelangten in den in Frage kommenden Betrieben teils zur Durchführung, nur die Firma Dr. Hoffmann in Ludwigshafen, sowie einige Pfälzische Bäckereien machten Schwierigkeiten bezüglich des Tarifabschlusses. Neu anerkannt wurde der Vertrag von der Zuderwarenfabrik Siefert. Bei den Zuderwarenfabrikten Vahl und Wanmüller in Frankenthal, Schwarz in Landau und Maier in Speyer wurden Einzerverträge abgeschlossen, die sich im wesentlichen mit den Bestimmungen des Reichstarifs decken. Auch mit der Ketschabrik Seelberg in Mannheim gelang es, nach Überwindung mancher Schwierigkeiten, endlich zum Abschluß eines Tarifs zu kommen, der in mancher Beziehung über den Reichstarif hinausgeht. Um zukünftigen Saarstaaten ist es uns ebenfalls gelungen, den ersten Tarifabschluß mit der Firma Rosenthal zu tätigen. Hoffentlich nehmen nun die übrigen Firmen jener Gegend daran ein Beispiel und können wir bald über weitere Erfolge in dieser Beziehung berichten.

Schwere Auseinandersetzungen brachte uns die Ausarbeitung von Tarifen im Bäckergewerbe in Kaiserslautern und Saarbrücken. Mit allen etlichen Mitteln und Mitteln versuchte man von Seiten gewisser Kreise, den Abschluß von Tarifverträgen in den beiden Orten zu hinterziehen. Nun endlich scheint der Bann gebrochen und der Weg für die Durchführung unserer Forderungen frei zu sein, so daß wir das nächste Mal auch über einen vollen Erfolg in diesen beiden Städten berichten können.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Zeitung und Wirtschaftswesen. Die mit dem neuen Jahr wieder zur Ausgabe gelangte Fachzeitung „Zeitung und Wirtschaftswesen“ wurde dieser Tage an die Zahlstellen verschickt. Jede Zahlstelle hat ein Pflichtexemplar zu übernehmen. Den Sendungen liegen kostenlose Probemuster bei, die an Interessenten gratis abgegeben sind. Mitglieder, die diese Zeitung beziehen wollen, haben ihre Beziehungen gegen Vorwiegung des vierteljährlichen Übernahmepreises von M. 3 bei den Zahlstellenleitung zu machen.

Sozialbeiträge. Der Zahlstelle Glogau wurde auf Antrag die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrages von 10,- g. vom 1. Februar an auf alle Marken erteilt.

Berlinober-Mitgliedsbeitrag. Das Mitglied Ernst Härke, Sekretär im Saarlandkreis im Mitgliedsbuch Nr. 26 097, dessen Buch wird als ungültig erklärt und darf darauf keine Unterstützung entgegen. Der Bäckermeister Härke ist der Verantwortung der Verbandsgruppen bei den Saarländern und Frankfurter Bürgern eine fröhliche Unterhaltung. Die Bäcker-

Ortsitung.

Vom 11. bis 17. Januar gingen folgende Beiträge ein:
Für Dezember: Alten M. 270,45, Aschersleben 60,05, Beuthen 129,15, Biberach 81,15, Braunschweig 880,75, Cassel 2054,75, Coburg 53,10, Darmstadt 218,70, Detmold 229,90, Düsseldorf 1111,90, Duisburg 797,20, Eisenach 142,20, Elbing 868,60, Flensburg 989,30, Freiberg i. S. 255,15, Friedberg 88,15, Gera 451,15, Gladbeck 220,60, Halberstadt 88,60, Halle 4386,90, Harburg 374,80, Heilbronn 226,95, Homburg v. d. H. 1554,35, Idar-Oberstein 164, Landsberg a. d. R. 86,55, Landshut 1255,85, Limbach 188,70, Lürrach 465,25, Magdeburg 3410,10, Mannheim 2077,70, Marktredwitz 79,95, Mettmann 188,05, Mühlheim a. Rh. 253,85, Mühlhausen i. Th. 106,25, Neumünster 63,95, Pöhlkau i. Th. 993,20, Osnabrück 76,65, Remscheid 299,65, Saarbrücken 417,90, Saalfeld 270,25, Schmölln 64,45, Sorau 125,80, Spremberg 96, Stolp 214,60, Stralsund 348,30, Tilsit 437,60, Wernigerode 427,40, Würzburg 1471,35, Altenburg 216,20, Apolda 203,25, Bremen 3387,85, Emden 160,65, Brandenburg 259,95, Bremerhaven 377, Buer 268,75, Chemnitz 2242,70, Cottbus 455,50 Danzig 1354,45, Dessau 153,65, Dortmund 980,65, Dresden 14.098,15, Eßlingen 92,35, Forst 158,35, Frankfurt a. d. O. 247,20, Gelsenkirchen 219,45, Gießen-Wetzlar 228,95, Görlitz 902,20, Gotha 269,85, Guben 150,70, Hannover 163,85, Hildesheim 281,30, Hirschberg 558,55, Jena 152,35, Karlsruhe 532,55, Kiel 1245,85, Leipzig 7578,75, Meißen 309,80, München 7542,05, Neisse 92,15, Oldenburg 539,15, Oschersleben 126,15, Oeynhausen 140,55, Plauen 937,40, Regensburg 896,45, Riesa 327,40, Rosenheim 188,75, Rostock 425,90, Rüstringen 432,25, Stettin 2001,95, Striegau 144,90, Traunstein 87,20, Waldenburg 96,70, Weißensee 90,85, Weißwasser 38,40, Zeitz 1074,10, Zittau 199,60, Berlin 82 128,30, Erfurt 1087,50, Suhl 214,50, Ratibor 609,15, Hameln 126,75, Altenburg 139,35, Bielefeld 3319,50, Bochum 430,10, Grefeld 497,15, Grimmaischau 146,85, Frankfurt a. M. 5276,05, Freiburg i. Br. 1609,25, Hannover 5185,70, Herford 2051,55, Minden 66,95, Nürnberg 6726,65, Reichenbach i. B. 316,80, Rendsburg 159,25, Schötmar 221,80, Stendal 154,10, Stuttgart 3186,40, Rint 283,70, Biesen 927,95, Augsburg 852,05, Essen 1083,50, Wiedenbrück 53,40, Solingen 398,45, Siegen 408,35, Glogau 63,80, Thorn 189,25, Bernburg 107,75, Breslau 3342,85, Köln 4587,15.

Für Oktober bis Dezember: Gleiwitz M. 196,10.
Für November: Grimmaischau M. 294,80.

Für Oktober: Kattowitz M. 104,30.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: H. B. Brüel M. 10, K. R. Brüel 3,20, F. P. Bechtel 19,60, P. M. Deuben 19,50, R. B. Pasewalk 2, M. N. Naumburg 10,50.

Für Abonnements und Annoncen: Düsseldorf M. 3,60, Magdeburg 4,60, München 3,90, Brandenburg 4,50, Dresden 13,50, F. B. Neuwied 4, Biersen 3,30, Stuttgart 3,90.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Beuthen M. 6, Düsseldorf 3, Freiberg i. S. 57, Halle 3, Mannheim 57, Marktredwitz 9, Miltenberg 3, Remscheid 9, Sorau 3, Stolp 9, Stralsund 9, Tilsit 18, Apolda 3, Bremen 219, Buer 6, Danzig 6, Dortmund 3, Frankfurt a. O. 3, Gelsenkirchen 3, Gotha 3, Hameln 12, Karlsruhe 6, Leipzig 89, Meißen 3, Riesa 3, Ratibor 3, Rüstringen 3, Waldenburg 6, Berlin 117, Ratibor 36, Freiburg i. Br. 6, Stendal 3, Glogau 3, Thorn 8, Köln 90.

Für Jahrbücher: Aschersleben M. 2,40, Beuthen 1,40, Düsseldorf 1,60, Saarbrücken 2, Stralsund 2, Tilsit 1,80, Gotha 2,40, Meißen 1,40.

Für internationale Protokolle: Detmold M. 2, Hamburg 2, Limbach 2, Stolp 2, Würzburg 2, Landsberg 6, Grimmaischau 2, Hameln 2, Meißen 2, Oldenburg 16, Regensburg 2, Riesa 2, Bielefeld 4, Stendal 2, Köln 2.

Gestellten folgende Zahlstellen: Bad Reichenhall, Bayreuth, Bromberg, Coburg, Hanau, Herne, Hindenburg, Kattowitz, Mühlberg, Münster, Neidlinghausen, Tangermünde, Wismar, Bautzen und Neisse.

Geld ohne Abrechnung gesandt!

Abrechnung ohne Geld gesandt:
Überfeld, Kaiserslautern, Leisnig, Döbeln, Meuselwitz, Sagan, Sonnenberg und Wiesbaden.

Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Sterbetafel.

Cassel. Gottlieb Ohlwein, Bäcker, gestorben am 4. Januar.

Dresden. Max Grützner, Konditor, gestorben am 11. Januar.

Leipzig. Emil Brütingam, gestorben am 14. Dezember 1919.

Felix Hund, gestorben am 29. Dezember 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Sozialbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Zur Nachahmung empfohlen. Der Konsumverein Frankfurt a. Main und Umgegend bewilligte M. 200 000 zur Verteilung an die Angestellten und Arbeiter als Wirtschaftshilfen. Auf den einzelnen Beschäftigten entfielen M. 200 bis 400.

Saarbrücken. Nach mehrwöchigen Verhandlungen wurde am Mittwoch, 7. Januar, ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Bäckermeister wollten dem Tarif nicht früher ihre Zustimmung geben, bis die Brotpreishöhung gewährleistet sei. Für die Großbetriebe, Eisenbahnbäckerei und Brotfabrik Scheibner & Cie., sind folgende Löhne bewilligt und werden rückwirkend vom 1. Januar an bezahlt: M. 145 beziehungsweise M. 155 bis M. 170 für Bäckmeister 1/2 Woche, Nebenstunden und Sonntagsarbeit werden mit 25 beziehungsweise 50 p. 31. Aufschlag vergütet. In Ferien sind bewilligt je nach Beschäftigungsduauer 4 Tage bis 2 Wochen. Für die Kleinbetriebe gelten folgende Lohnsätze: M. 95 für junge Gehilfen bis 2 Jahre nach der Lehre, M. 110 für die nächsthöheren, M. 120 für selbständige und verantwortliche Gehilfen. Wenn auf Wunsch kost und

Zug gewährt wird, können M 45 pro Woche dafür in Abzug gebracht werden. Sonntagsarbeit und Überarbeit werden vergütet wie oben. Ferien nach Beschäftigungs-dauer 3 bis 12 Tage. Arbeitszeit ist 8 Stunden, ausschließlich 1 Stunde für Essenspausen. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird anerkannt. Die Arbeitsvermittlung soll möglichst durch die amtlichen Arbeitsnachweise erfolgen. Entlassungen dürfen wegen Einführung des Tarifs nicht vorgenommen werden.

Der Tarif erstreckt sich auf sämtliche Bäckereibetriebe im Saarstaat. Es wurde dadurch zweifellos ein bedeutender Fortschritt erreicht. Wer die Verhältnisse im Saarrevier kennt und weiß, mit welcher Zähigkeit die Bäckermeister alles versuchten, um unsere Organisation hinzutreten, der wird sich um so mehr freuen, daß auch dort der Tarifgedanke sich endlich Geltung verschaffen konnte. Nun liegt es aber an den Kollegen selbst, dafür alles einzufordern, daß die Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern in allen Betrieben eingehalten werden. Das wird aber nur dann auf der ganzen Linie gelingen, wenn die wenigen Kollegen, die noch außerhalb der Organisation stehen, sich ausspielen werden. Es darf nicht geduldet werden, daß eine Versplitterung unter den Kollegen eintritt. Weit jedem die Tür, der mit solchen erbärmlichen Plänen an Euch herantrete!

Konditoren.

Tarifabschluß mit der Konditoreninnung in Augsburg. Der am 10. Januar abgeschlossene Lohntarif sieht Mindestlöhne von M 65 für Gehilfen bis zu einem Jahre nach der Lehre, M 75 für zweite Gehilfen, M 85 für erste Gehilfen und M 100 für Meistergehilfen in leitender Stellung vor. Aus hilfen erhalten einen Aufschlag von 25 p.M. Überstunden werden mit einem Aufschlag von 20 p.M. bezahlt. Ferien werden 6 bis 10 Tage gewährt. Die Tarifdauer ist unbefristet mit vierwöchentlicher Ablösung.

Tarifernennung mit der Konditoreninnung in Köln a. Rhein. Der im Vorjahr erstmals mit der Innung vereinbarte Tarif wurde mit wenigen Verbesserungen am 8. Januar neu abgeschlossen. Die Mindestwochenlöhne betragen nunmehr für Gehilfen im Alter bis zu 19 Jahren M 100, bis zu 21 Jahren M 120, bis zu 24 Jahren M 140 und über 24 Jahre M 160. Überstunden- und Sonntagsarbeit wird mit einem Aufschlag von 20 p.M. vergütet. Die Regelung des Lehrlingswohns ist erfolgt in der Weise, daß in jedem Geschäft nur 1 Lehrling beschäftigt werden darf und die Einstellung des zweiten Lehrlings erst dann erfolgt, wenn dauernd 2 Gehilfen tätig sind. Ferien werden gewährt 8 bis 8 Tage. Der Tarif ist unbefristet mit einer Kündigung von 4 Wochen vereinbart.

Korrespondenzen.

Generalversammlungen.

Aistenburg. Am 7. Januar fand die gut besuchte Generalversammlung statt. Unser Bezirksleiter, Kollege Wilke, Leipzig, gab einen Rückblick über das arbeitsreiche vergangene Jahr. Kollege Zeckau erstattete den Jahresbericht. Wenn auch nicht alles erreicht worden ist, was wir uns zum Ziele gestellt hatten, so können immerhin große Fortschritte aufgewiesen werden. Die Kollegen in den Kleinbetrieben haben noch immer nicht den Mut, sich unserer Organisation anzuschließen. Es ist eine traurige und beschämende Tatsache, daß die gelbe Sumpfslange wieder aus dem Boden wuchert. Sie ist bloß ein willensloses Werkzeug der Meister und hauptsächlich der Meisterschöne. Letztere sind nämlich ziemlich die Mehrheit der Kollegen und führen überall das große Wort. Den Kassenbericht gab Kollege Ferder. Die Gesamteinnahme betrug M 2189,35, die Gewinnausgabe M 298,06. Kassenbestand M 204,29. Mitglieder des Jahres 39, am Schluß des Jahres 73, wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahl des gab: Erster Vorsitzender Kollege Beckau, zweiter Kollege Pfeifer, erster Kassierer Kollege Kunzmann, zweiter Kassierer Kollege Gentisch, erster Schriftführer Kollege Wüller, zweiter Schriftführer Kollege Hiling, Revisoren: Kollegin Lebermann, und Kollege Drescher, Beisitzer: Kollege Schneider und Kollege Ferder. Es schloß sich noch eine Aussprache über den Fachausschuss und über das Lehrlingswesen an. Zum Schluß forderte der Vorsitzende alle Kollegen und Kolleginnen auf, auch in diesem Jahre den Vorstand bei allen seinen Arbeiten kräftig zu unterstützen, damit wir unser Ziel bald erreichen.

Grimmitschau. In der Generalversammlung am 6. Januar erstattete der Vorsitzende und Kassierer den Geschäftsbericht über das verflossene Jahr. Die Zahlstelle hatte 42 Mitglieder. Kollege Clausnitzer beprach in seinem Vortrag die geleistete Arbeit im Jahre 1919 und verwies auf die großen Aufgaben in der kommenden Zeit. Die Vorstandswahl ergab als ersten Vorsitzenden R. Pilz, zweiten Vorsitzenden M. Gessner, ersten Kassierer H. Böhm, ersten Schriftführer C. Sander, zweiten Schriftführer A. Heinzig, Kartelldelegierte Ph. Linke und E. Lippold, Revisoren A. Günther und A. Reber. Um die Kassengeschäfte besser zu erledigen, wurden die Kollegen Lippold und Schmidle als Unterkassierer gewählt. In der Diskussion wurden noch verschlebene Anfragen erledigt. Folgende Anträge gelangten einstimmig zur Annahme: 1. Sofort einen Bezirkstag einzuberufen, um geregelte Lohnsätze im Bezirk zu erlangen. 2. Bei der Innung zu beantragen, eine fünfzigprozentige Tenerungszulage auf den jeweiligen Lohn zu zahlen. 3. Die Kollegen von Meisterin der Zahlstelle Grimmitzschau einzurufen. Nun Schluß forderte der Vorsitzende alle Kollegen auf, immer so zahlreich zu erscheinen und im neuen Jahr kräftig mitzuwirken.

Heilbronn. In der Generalversammlung am 8. Januar, die gut besucht war, wurde der Bericht des Vorstandes und des Kassierers gefordert. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Weller als erster, Hespeler als zweiter Vorsitzender, Scherr als erster, Diehm als zweiter Kassierer, Mayer als erster, Scholl als zweiter Schriftführer, als Revisoren Kern und Bräuning und als Kartelldelegierte Hoffader und Weller. Kollege Kollmar hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Rück- und Ausblick. Unter „Verschiedenes“

wurde der Antrag auf Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 p.M. pro Woche angenommen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen zu kräftiger Mitarbeit auf.

Kolberg. Die Generalversammlung am 8. Januar war von 55 Mitgliedern besucht. Nachdem sich 8 Kollegen aufnahmen ließen, erstattete der Vorsitzende Hackenbeck den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Anfang März wurde die Zahlstelle mit 25 Mitgliedern gegründet. Ende März wurde ein Tarifvertrag mit der Kolberger Bäckerinnung abgeschlossen. Die Lohnbewegung betreffs Tenerungszulage sei nun auch beendet und die Innung habe sich bereiterklärt, für Gesellen unter 20 Jahren M 75, über 20 Jahren M 80, für Gesellen in leitender Stellung und für verheiratete M 85 zu zahlen. Die Zahl der Mitglieder hatte sich am Jahresende auf 75 erhöht. Kassierer Erdmann gab den Kassenbericht, wonach in der Lokalfasse ein Bestand von M 244,40 vorhanden ist. In den Vorstand wurden gewählt: Neumuth, Vorsitzender, Hackenbeck Stellvertreter; Erdmann Kassierer, Stieg Stellvertreter; Radtke Schriftführer, Laabs Stellvertreter. In die Lehrlingschutzkommission wurden Post, Radtke und Neumuth, als Revisoren Gauger und Otto gewählt. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem Hinweis auf treue Zugehörigkeit und einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Luckenwalde. Am 11. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Schneider gab den Jahresbericht. Als die Kollegen aus dem Felde zurückkehrten, wurde erst durch die Bildung und Tätigkeit des Fachausschusses eine Besserung geschaffen und die arbeitslosen Kollegen in Arbeit gebracht. In 3 Lohnbewegungen wurde der Lohn von M 40 auf M 95 und M 105 erhöht. Der Markenumsatz brachte eine Einnahme von M 244,35. Die übrlichen Ausgaben betrugen M 317,20. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurde an 14 Kollegen die Summe von M 959,70 verausgabt. Aus der Vorstandswahl gingen die Kollegen Paul Schneider als erster, Josef Neiß als zweiter Vertrauensmann, Wilhelm Blümel als Schriftführer, Welschahl und Rose als Beisitzer, Böhm und Karcher als Revisoren hervor. Die Brotpreishöhung und die ungeheure Leuerung sämtlicher Lebens- und Genussmittel soll durch eine von allen Gewerkschaften geforderte Wirtschaftsbeihilfe, die wöchentlich zu zahlen ist, ausgeglichen werden. Bestimmungen über eine Lohnausgleichstafel wurden dem Fachausschuß überwiesen. Für die nothleidenden Gewerkschaftskollegen Österreichs wurden M 30 bewilligt. Zum Schluß ermahnte Kollege Schneider, den Vorstand tatkräftig zu unterstützen, damit wir auch im neuen Jahr gute Fortschritte machen.

Neunkirchen a. d. Saar. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach anregenden Ausführungen der Kollegen Consenius, Thain, Hofferbert und Fuchs in gewerkschaftlichen Fragen und Verübung innerhalb der Organisation wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: erster Vorsitzender Wilh. Fuchs, zweiter Vorsitzender Joh. Löw, Schriftführer Aug. Kaufmann, Kartelldelegierte Fuchs und Löw. Den Bericht des letzten Jahres erstattete Kollege Fuchs. Demselben war zu entnehmen, daß die Kollegen des Saarlandes ersteulicherweise einsehen gelehrten haben, daß es ohne Organisation nicht mehr so weitgeraten kann, und heute fast alle Kollegen organisiert sind. Die liebsteigenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den „fürstlichen“ Löhnen von M 12, 14, 16 bis 20 wöchentlich würden nicht mehr bestehen, wenn die Kollegen schon früher in die Reihen der schon längst kämpfenden Berufscollegen eingetreten wären. Den Bericht über den Gang der Tarifverhandlungen, die seit Oktober gepflogen wurden und endlich am 7. Januar den Abschluß brachten, erstattete Kollege Consenius. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, treu zur Fahne zu halten. Die anwesenden Kollegen gelobten, alles daranzutun, um noch die wenigen abseitsstehenden Kollegen dem Verbande anzuführen. Den auswärtigen Kollegen, die wegen Verkehrs Schwierigkeiten und schlechtem Wetter nicht anwesend sein konnten, diene folgendes zur Kenntnis: Anmeldungen nimmt Kollege Fuchs jeden Sonntag im Versammlungsorte „Zur Glashalle“, Hüttenbergstraße 41, entgegen und erteilt in allen Fragen Auskunft. Im Verkehrsbüro, Ecke Wellesweiler und Bahnhofstraße (Wirtschaft „Zum Storchen“), jeden Donnerstagabend 8 Uhr geselliges Beisammensein. Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 1. Februar, im Gasthaus „Zur Glashalle“, Hüttenbergstraße 41, statt.

Pforzheim. Die am 8. Januar stattgefundene Generalversammlung der Sektion der Bäcker war sehr gut besucht und nahm einen sehr schönen und zugleich etwas eigenmächtlichen Verlauf. Das kam daher: Wie in den andern badischen Städten, hatten auch die hierigen Kollegen Ende August des Vorjahrs der Innung die Forderung auf Gewährung einer Tenerungszulage unterbreitet. Der Schlichtungsausschuss entschied, daß die Innung verpflichtet sei, die bisher geltenden Lohnsätze um M 80 pro Woche zu erhöhen. Die Innung machte die Annahme des Schiedsgerichts von einer entsprechenden Erhöhung des Brotpreises abhängig. Der Stadtrat machte aber Schwierigkeiten, so daß die Brotpreisregelung und damit auch die Inkraftsetzung der neuen Lohnsätze sich in die Länge zog. Unter sehr rüchtiger Vorsitzender, Kollege Lang, wurde mit dem Bezirksleiter in dieser Sache wiederholt beim Bürgermeisteramt vorsichtig und sie erreichten schließlich auch, daß sich der Stadtrat bereit erklärte, für zwei Wochen die Tenerungszulage den Gehilfen aus dem Stadtsäckel zu ersehen. Unser Vorsitzender verlangte nun, daß der betreffende Betrag durch die Organisation zur Auszahlung gebracht werden müsse. Dies lehnte die Stadtclasse zwar ab, erreicht wurde aber, daß in der Versammlung ein Beamter der Stadtclasse erschien und den Betrag von M 80 jedem einzelnen Kollegen entnahm. Selbstverständlich waren die Kollegen bis auf den letzten Mann zur Stelle und ließen sich auch 14 Kollegen, nachdem sie in so drastischer Weise das Wirken der Organisation vorgeführt bekommen, aufnehmen. Nur 4 Kollegen blieben übrig, die zwar schmunzelnd die M 80 einsackten, aber nicht den Mut hatten, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Kollege Lang erstattete sodann einen ausführlichen Bericht über das verflossene Jahr, den der Kollege Amann in einigen Punkten noch ergänzte und der bewies, wie fleißig in der Berichtszeit auch am hiesigen Dreie im Interesse der Kollegen gearbeitet wurde. Von allen Seiten wurde Kollege Lang für die energische und sichere Wahrung der Interessen der Kollegen gedankt und er um

Weiterführung des Umtes gebeten. Als Kassierer wurde einstimmig Kollege Stahl wieder und als zweiter Vorsitzender Kollege Heim gewählt. Amann hielt sodann noch ein kurzes Referat über die Frage: „Sind unsere Löhne noch zeitgemäß?“ Diese Frage wurde allseitig verneint und darauf hingewiesen, daß gerade hier am Orte, wo in der Goldwarenindustrie ein Stundenlohn von M 4 und M 5 gang und gäbe ist, die Tenerungsverhältnisse eine gründliche Reformierung unserer Löhne fordern. Beschllossen wurde, wie in Mannheim und Heidelberg eine wöchentliche Zulage von M 50 von der Innung zu fordern. Mit einigen ansehnlichen Worten, daß jeder Kollege im neuen Jahre seine Pflicht und Schuldigkeit tun möge, um neues Blut der Organisation zuzuführen, damit auch wie bei den Konditoren der letzte Mann in unsern Reihen stehe, schloß Lang die denkwürdige Versammlung.

Quedlinburg. In der am 9. Januar stattgefundenen Generalversammlung konnte der Vorsitzende, Kollege Neumann, in seinem Geschäftsbericht einen erschrecklichen Fortschritt feststellen. Die Einnahmen betrugen M 855, denen M. 761,64 gegenüberstehen, so daß ein Kassenbestand von M. 48,51 zu verzeichnen ist. Am Jahresende betrug die Mitgliederzahl 26. Trotz verschiedener Versammlungen, die für die Bäcker einberufen wurden, sei es noch nicht gelungen, unter diesen Kollegen Fuß zu fassen. Im Gehilfenverein spielen die Meistersöhnen die erste Geige und die ausgemergelten Gehilfen lassen sich von diesen leithammeln. Auch hier muß es tags. Die Vorstandswahl ergab: Neumann, Vorsitzender, Heumann, Kassierer, Karsch und Frau Brachhausen, Revisoren, Fessel und Minna Breul, Beisitzer. Beschllossen wurde, die Monatsversammlungen jeden zweiten Freitag im Monat abzuhalten.

Sorau. Die Generalversammlung am 8. Januar war schwach besucht. Der Jahres- und Kassenbericht wurde ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen. Der neue Vorstand setzt sich nunmehr zusammen aus den Kollegen Kohn, Vorsitzender, Kothe, Kassierer, König, Schriftführer, Schulz und Bapisch, Revisoren. Zum Schluß der Versammlung verweist der Vorsitzende darauf, daß es dringend notwendig ist, hier bessere Zustände zu schaffen. Trotz des Tarifabschlusses werden heute noch Gehilfen mit einem Lohn von M 8 in der Woche abgespeist. Die Meister erklären: Wir bezahlen nur dann den Tariflohn, wenn wir den Gehilfen für verdorbene Ware Abzüge machen dürfen. Solange sich aber die Kollegen nicht einig werden, wird es auch nicht möglich sein, daß die Abmachungen überall und in allen ihren Teilen eingehalten werden. Der Zusammenschluß aller Kollegen ist daher Pflicht.

Viersen. Die Generalversammlung am 6. Januar war von ungefähr 400 Kollegen und Kolleginnen besucht. Bei Gründung gedachte der Vorsitzende Kollege F. Dönkes, der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder P. Nennen und Gott. Karius. Die Versammlung ehrt das Andenken dieser verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Ehren. Kollege L. Meeß gab den Geschäfts- und Kassenbericht, der ohne Diskussion gefasst wurde. In den Vorstand wurden gewählt: erster Vorsitzender Wilh. Fuchs, zweiter Vorsitzender Joh. Löw, Schriftführer Aug. Kaufmann, Kartelldelegierte Fuchs und Löw. Den Bericht des letzten Jahres erstattete Kollege Fuchs. Demselben war zu entnehmen, daß die Kollegen des Saarlandes ersteulicherweise einsehen gelehrten haben, daß es ohne Organisation nicht mehr so weitgeraten kann, und heute fast alle Kollegen organisiert sind. Die liebsteigenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den „fürstlichen“ Löhnen von M 12, 14, 16 bis 20 wöchentlich würden nicht mehr bestehen, wenn die Kollegen schon früher in die Reihen der schon längst kämpfenden Berufscollegen eingetreten wären. Den Bericht über den Gang der Tarifverhandlungen, die seit Oktober gepflogen wurden und endlich am 7. Januar den Abschluß brachten, erstattete Kollege Consenius. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, treu zur Fahne zu halten. Die anwesenden Kollegen gelobten, alles daranzutun, um noch die wenigen abseitsstehenden Kollegen dem Verbande anzuführen. Den auswärtigen Kollegen, die wegen Verkehrs Schwierigkeiten und schlechtem Wetter nicht anwesend sein konnten, diene folgendes zur Kenntnis: Anmeldungen nimmt Kollege Fuchs jeden Sonntag im Versammlungsorte „Zur Glashalle“, Hüttenbergstraße 41, entgegen und erteilt in allen Fragen Auskunft. Im Verkehrsbüro, Ecke Wellesweiler und Bahnhofstraße (Wirtschaft „Zum Storchen“), jeden Donnerstagabend 8 Uhr geselliges Beisammensein. Die nächste Mitgliederversammlung findet Sonntag, den 1. Februar, im Gasthaus „Zur Glashalle“, Hüttenbergstraße 41, statt.

Wiesbaden. Die Generalversammlung am 6. Januar war von ungefähr 400 Kollegen und Kolleginnen besucht. Bei Gründung gedachte der Vorsitzende Kollege F. Dönkes, der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder P. Nennen und Gott. Karius. Die Versammlung ehrt das Andenken dieser verstorbenen Mitglieder durch Erheben von den Ehren. Kollege L. Meeß gab den Geschäfts- und Kassenbericht, der ohne Diskussion gefasst wurde. In den Vorstand wurden gewählt: erster Vorsitzender: F. Dönkes, zweiter Vorsitzender: H. Scholes, erster Kassierer: L. Meeß, zweiter Kassierer: H. Scholes, erster Schriftführer: W. Kläfers, zweiter Schriftführer: P. Lankes, Beisitzer: H. Terpönen, Johann Kipkens, Jak. Wiemes, Gott. Küppers, Kath. Jüller, Revisoren: W. Büttgen, J. Schüren, B. Stühler, Kartelldelegierte: J. Terpönen, J. Schloßmacher, H. van Münster, Christine van Geul, Rosa Steinert, Kommission für Statistik: J. Förster, G. Dickmanns, Auguste Freisch. Bücherausgabe: H. Eistens, A. Thomassenstein, Kollege Ötermann erstattete den Bericht von der Bezirksskonferenz, welche am 21. Dezember 1919 in Grefeld stattgefunden und sich mit der Freistellung eines Kollegen für den Bezirk Niederrhein besaß hatte. Von dem Hauptvorstand wurde für diesen Posten Kollege Meeß vorgeschlagen. Kollege Meeß lebt seit 1908 im Vordertreffen der Bewegung und habe mit gutem Erfolg für die Organisation gearbeitet. Auch die Bezirksskonferenz in Grefeld habe einstimmig beflossen, den Kollegen Meeß zu wählen. Die Abstimmung ergab, daß mit Ausnahme einer einzigen Stimme, sämtliche Kollegen und Kolleginnen mit der Freistellung des Kollegen Meeß einverstanden waren. Kollege Meeß dankte für das geschenkte Vertrauen und erklärte, daß er wie bisher, stets für die Interessen der Mitglieder und ihrer Familien arbeiten werde. Unter dem Punkt „Verschiedenes“ wurde in scharfer Weise an dem jüngsten Tarifabschluß geübt. Es kam zum Ausdruck, daß die jetzt gezahlten Löhne in gar keinem Verhältnis zu den ungeheuren Preissteigerungen für Lebensmittel und sonstige Bedarfs- und Gebrauchsgegenstände stehen. Eine Resolution, die dahin lautete, daß die Verhältnisse hier im besagten Gebiet unbedingt berücksichtigt werden müssten, um eine Bereitstellung der Arbeiterschaft vorzubereiten, wurde einstimmig angenommen und an den Hauptvorstand und den Bezirksausschuss Köln, ge sandt. Gefordert wurde ein Lohnaufschlag von 100 p.M. Wie später in Erfahrung gebracht wurde, war auch der christlich organisierte Schlosser Johannes Elsken in unserer Generalversammlung. Nach den Erfahrungen bei dem Dreieck und wenn wir in Betracht ziehen, wie gut Herr Elsken mit der Familie Kesselburg bekannt ist, müssen wir annehmen, daß Elsken als Spitzel in unsere Versammlung kam, um seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu verraten. Wir stellen es unseren Mitgliedern anheim, wie sie dieses Gebaren einschätzen und was sie zu tun gedenken. Für uns steht fest: Der größte Raum im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziatur. Weiter machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Christlichen bei der Arbeiterauswahl eine eigene Liste aufstellen wollen. Das dieses nur eine Zersplitterung unter die Arbeiterschaft bringt und nur im Interesse der Firma liegt, dürfte doch jedem klar sein. Gebt den Christlichen Verrätern die richtige Antwort. Agiert und wählt Anfang Februar nur die Kollegen und Kolleginnen! Sorgt dafür, daß der Geist, der auf unserer Generalversammlung herrscht, anhält. Fort mit den Verrätern! Hoch der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe!

Bäcker.

Glogau. Eine überaus stark besuchte öffentliche Versammlung fand am 11. Januar statt. Meister, Gesellen und Lehrlinge, die den Saal bis auf den letzten Platz füllten, folgten mit Interesse den Ausführungen des Kollegen Weiß, Görlitz, über „Die Ausgaben unserer Organisation in Gegen-

